

Eröffnungsveranstaltung

Zum Auftakt: Engagierter Dialog zwischen Politikern und Ärzten

Mit einem Hinweis auf die ersten beiden Ärztetage in Niedersachsen hatte der Präsident der Ärztekammer des Landes, Dr. Gustav Osterwald, die Eröffnungsveranstaltung des 89. Deutschen Ärztetages im vollbesetzten Kupfelsaal des „Congress-Centrums“ in Hannover eingeleitet: 1889 betrieb der 17. Ärztetag in Braunschweig die „Standesordnung“ und verabschiedete unter anderem Bestimmungen, die den Mißbrauch der Bezeichnung „Spezialist“ zu werberischen Zwecken verhindern sollten: der 29. Ärztetag 1901 zu Hildesheim begrüßte den Erlass einer ärztlichen Prüfungsordnung mit Einführung eines „Praktischen Jahres“. Osterwald teilte mit, daß das Niedersächsische Ärzteorchester zuvor (im Programm war es nicht angegeben) die Semiramis-Ouvertüre von Giacomo Rossini gespielt habe.

Frau Süssmuth: Immer neue Suche nach dem Grundkonsens

Prof. Rita Süssmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, nahm den Ball auf: Sie wünschte dem Ärztetag Beratungen im Charakter dieser Musik – heiter und nachdenklich, laut und leise und mit wohlbedachten Veränderungen. Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung, sagte Frau Süssmuth, stehe unter dem Motto „So viel Freiheit wie möglich, so viel Staat wie nötig“. Dies aber erfordere eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Ärzteschaft und die immer neue Suche nach dem Grundkonsens. Bisher habe dieser



BÄK-Vizepräsident Dr. Gustav Osterwald leitet den Deutschen Ärztetag ein

immer wieder hergestellt werden können – die Ergebnisse der letzten Konzertierte Aktion seien dafür ein herausragendes Beispiel. Zwar gebe es einen potentiellen Konflikt zwischen ökonomischen und medizinischen Prioritäten; es könne aber keinen Zweifel geben, daß im Konfliktfall die Gesundheit vor wirtschaftlichen Interessen zu rangieren habe.

Ausführlich ging Frau Süssmuth auf den „Arzt im Praktikum“ ein: Es gebe dafür zur Zeit keine Alternative. Die Ministerin appellierte an alle Beteiligten, an der Schaffung von Stellen mitzuhelfen. Zu der umstrittenen Frage der Strukturierung der Praxisphase kündigte sie deren Einführung in Stufen an: zunächst als Soll-Vorschrift, die in zwei Jahren von einer vierundzwanzigmonatigen Muß-

Struktur abgelöst werde. Im übrigen müsse die gegenwärtige einseitige Ausrichtung des Studiums auf schriftliche Multiple-Choice-Prüfungen abgebaut werden, es müsse mehr mündliche und mündlich-praktische Prüfungen geben, wobei die kommende Änderung der Approbationsordnung nur der erste Schritt sei. Eine Steuerung der Studentenzahl nach dem Bedarf komme nicht in Frage; bis Oktober dieses Jahres werde aber ein Gutachten darüber vorliegen, ob das Verhältnis von Studentenzahlen und Ausbildungsmöglichkeiten noch angemessen ist.

Hauptanliegen des Entwurfes für die Novellierung des Arzneimittelgesetzes ist nach Frau Süssmuth die Verbesserung der Information: durch Trennung von Arzt- und Patienteninformation und durch die gesetzliche Verankerung der Transparenzkommission. Ausdrücklich dankte die Ministerin der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft für ihre erfolgreiche Arbeit. Mit guten Gründen gebe es keine Verpflichtung der Ärzte, Meldungen an die Zulassungsbehörde zu geben: stattdessen sei die enge Zusammenarbeit zwischen Zulassungsbehörde und Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft unabdingbar, und dies funktioniere gut. Noch ein Wort der Anerkennung: Im Zusammenhang mit AIDS sei dank vielfältiger Fortbildungsbemühungen die deutsche Ärzteschaft weit kompetenter, als es in der Öffentlichkeit oft dargestellt werde.

In Schutz nahm Frau Süssmuth die Weltgesundheitsorganisation mit ihren vielfach skeptisch beurteilten Konzept „Gesundheit 2000“. Sie forderte, dieses Konzept vor dem Hintergrund der Dritten Welt zu sehen, wenn es auch gewisse Rückwirkungen auf unser Land haben könne: Es könnte zu verstärkter Rückbesinnung auf naturheilkundliche und ganzheitsmedizinische Konzeptionen führen. Dies sei nichts Neues, son-

dern eine zukunftssträchtige Wiedergeburt. „Ich halte nichts davon“, sagte die Ministerin wörtlich, „solche Versorgungsansätze als einen Standeskampf zwischen ärztlicher und nichtärztlicher Kompetenz zu behandeln... Daß dies natürlich auch eine Stunde der Scharlatane ist, das erleben wir alle Tage und müssen es verkraften.“

Skeptisch äußerte sich Frau Süßmuth zur In-vitro-Fertilisation. Die Methode hat nach ihrer Ansicht keine positive familien- oder gar bevölkerungspolitische Bedeutung; sie sehe sie lediglich als eine auf einen engen Kreis hilfsbedürftiger Menschen beschränkte ärztliche Heilmaßnahme an. Steuerungsmöglichkeiten bestünden darin, daß die gesetzliche Krankenversicherung nicht alles, was möglich ist, auch bezahlt. Schließlich warnte Frau Süßmuth vor einer Intensivierung der Diskussionen über die Sterbehilfe: Sie wisse, daß ältere Menschen dadurch verängstigt werden. Man solle nicht vorschnell „Menschlichkeit vorgeben, wo Unmenschlichkeit das Ergebnis sein könnte“.

Albrecht: Wir haben eine ausgezeichnete medizinische Versorgung

„Man sollte es einmal sagen, daß wir eine ausgezeichnete medizinische Versorgung haben!“ Mit diesem Satz leitete Niedersachsens Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht (aus einer Arztfamilie stammend) seine Ansprache ein. Auch international wachse der Ruf der deutschen Medizin – Hannover gebe dafür ein Beispiel.

Intensiv befaßte sich Albrecht mit Fragen der Medizinausbildung – immerhin war es Niedersachsen, das den Staatsvertrag über das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (Mainz) gekündigt habe. Das jetzige Prüfungssystem müsse gründlich verändert werden, weil es drei entscheidende Fehler habe. Zum



Alle Fotos: Bohmert-Neusch

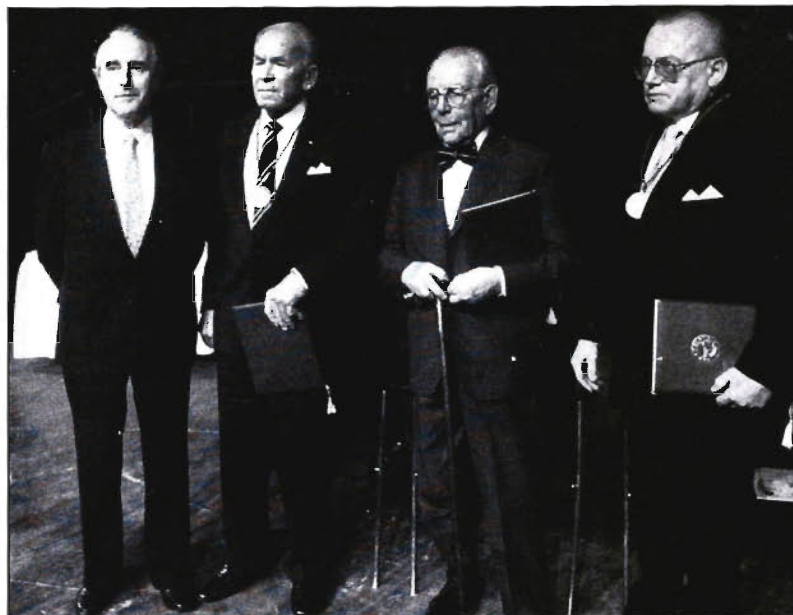
Politische Prominenz und Repräsentanten der Ärzteschaft bei der Eröffnungsveranstaltung des 89. Deutschen Ärztetages am Nachmittag des 29. April 1986 im Congress-Centrum Hannover (v. r. n. l.): zwischen dem BÄK-Vizepräsidenten, Dr. Helmuth Klotz und dem Präsidenten, Dr. Karsten Vilmar, die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Professor Dr. Rita Süßmuth; der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Dr. Ernst Albrecht; der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Herbert Schmalstieg; der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Professor Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Sewering, und der Ehrenpräsident des 89. Deutschen Ärztetages, Dr. med. Heinz Lindemann

einen müsse das Institut, um Wiederholungen zu vermeiden, auf immer abgelegene Fragen ausweichen („Wie die Anonymen Alkoholiker vereinsrechtlich organisiert sind, braucht ein Arzt wirklich nicht zu wissen!“). Das Fragensystem vermittele keine Zusammenhänge und beeinträchtige somit auch den Lernvorgang. Und nur in einer mündlichen Prüfung könne man sehen, ob der Kandidat auch ein Arzt werden kann.

Ministerpräsident Albrecht wandte sich gegen jede Verlängerung des Studiums, nicht nur in der Medizin: Im dritten Lebensjahrzehnt sei der Mensch am leistungsfähigsten, und das solle er nicht vollständig auf der Schulbank verbringen müssen.

Der Ministerpräsident forderte zu einer ordnungspolitischen Neudiskussion des Gesundheitswesens auf. Steigende Kosten seien nicht mehr zu verkraften, weil sie als Lohnnebenkosten wirksam

werden und lediglich zu vermehrter Schwarzarbeit führten. Andererseits könne man nicht „auf Dauer jedermann deckeln“ – Dekkungen seien mit einem freiheitlichen System letztlich nicht vereinbar. „Irgendjemand muß einmal die Frage der Selbstbeteiligung stellen.“ Das System müsse mehr Möglichkeiten zu persönlicher Entscheidung bieten; mit Sicherheit werde dann die Bereitschaft des Bürgers wachsen, für seine Gesundheit auch mehr nach eigener Entscheidung auszugeben. Das Gesundheitswesen sei kein stagnierendes, sondern ein nicht nur aus Lohnnebenkosten, sondern auch aus den Einkommen expandierender Sektor. Albrecht setzte sich dafür ein, die Position der niedergelassenen Ärzte zu stärken, und berichtete, er habe genau aus diesem Grunde alle Versuche der niedersächsischen Finanz- und Wissenschaftsminister zurückgewiesen, den Universitäts-Polikliniken höhere Vergütungen aus der gesetzlichen



Dr. Karsten Vilmar überreichte die Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft an (v. l. n. r.) Dr. med. Hans Wolf Muschallik, Professor Dr. med. Ernst Custodis und Professor Dr. med. Dr. phil. Dr. jur. h. c. Helmut E. Ehrhardt (Laudationes bereits in Heft 19, Seiten 1385 bis 1387, wiedergegeben)

Wie immer stand – nach der Begrüßung durch den Präsidenten der gastgebenden Landesärztekammer und der Totenehrung – die Überreichung der Paracelsus-Medaille als erster Punkt auf der Tagesordnung der Eröffnungsveranstaltung. Präsident Dr. Vilmar übergab die Auszeichnungen und verlas die Verleihungsurkunden für Prof. Ernst Custo-

dis, Prof. Helmut Ehrhardt und Dr. Hans Wolf Muschallik. Letzterer dankte im Namen der drei Geehrten: Die Auszeichnung gelte letztendlich allen Ärzten, die sich an die Normen und an die Würde des ärztlichen Berufes gebunden fühlen. Sie fordere, die ärztlichen Aufgaben zu erfüllen mit Stolz, mit Wahrhaftigkeit und in kollegialer Solidarität. Dr. Muschallik beschwor die Solidarität insbesondere zwischen den Generationen, aber auch zwischen den Arztgruppen und forderte dazu auf, im Sinne des universalen Arztbegriffes die Diskussion um den Hausarzt bald kollegial zu beenden. Gesundheit sei mehr als die Summe ihrer Teile, der gesunden Psyche und der gesunden Physis. Zur naturwissenschaftlichen Methode des Messens müsse die ärztliche Kunst des Wertens kommen, der Arzt müsse eine Synthese leben aus wissenschaftlicher Methodenanwendung und ärztlicher Haltung. Dem Deutschen Ärztetag gab Dr. Hans Wolf Muschallik den Wunsch der Ausgezeichneten mit auf den Weg, für das Weiterbestehen der Einheit der deutschen Ärzteschaft zu sorgen. bt



Dr. Muschallik fügte seinem Dank im Namen der Geehrten auch mahnende Worte an: zur Solidarität!

Krankenversicherung zukommen zu lassen.

Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg ging auf die kommunalen Interessen an der Gesundheitspolitik ein und plädierte dafür, das ausgewogene Verhältnis zwischen öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern beizubehalten. Weder das „industrielle“ Krankenhauswesen der USA noch das bürokratische System des Ostblocks seien besser. Erhalten bleiben müßten ebenso die Grundfesten der ambulanten Praxis: freie Arztwahl und Therapiefreiheit. Der Oberbürgermeister nannte einige der Probleme, die den Kommunen zu schaffen machen und für die sie zum Teil auf Hilfen angewiesen sind: Vielfach lasse der bauliche Zustand der Krankenhäuser zu wünschen übrig. Bei den medizinischen Großgeräten bestehe ohne gewisse Steuerung die Gefahr, daß Hochleistungskliniken für die Spitzendiagnostik Patienten „hinausschicken“. Dieses Problem müsse von der Selbstverwaltung ohne staatliche Intervention geregelt werden, so wie sie überhaupt den notwendigen Konsens über den Dualismus des Gesundheitswesens mit seiner privaten, intimen und seiner sozialen Dimension herbeiführen müsse. Das Gesundheitsamt der Zukunft sieht Schmalstieg als „gut ausgestattetes Umweltamt“. Schließlich seien die Kommunen heute mit der Betreuung von Pflegebedürftigen überfordert: „Wir brauchen eine Lösung, die die Folgen der an sich begrüßenswerten durchschnittlichen Lebensverlängerung auffängt.“

Dr. Karsten Vilmar, der Präsident des Deutschen Ärztetages, nahm zu Beginn seines dann folgenden Referates über das „Blaue Papier“ das musikalische Bild wieder auf: Wir sollten, schlug er vor, das „Blaue Papier“ vertonen und vom Niedersächsischen Ärzteorchester den Politikern und allen anderen Beteiligten solange vorspielen lassen, bis es Allgemeingut geworden sei . . . bt